

Beschluss Solidarität mit den Budapest Angeklagten – Aufklärung jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 1 Jedes Jahr, am 12. Februar, treffen sich Faschist*innen und
- 2 Nationalsozialist*innen aus ganz Europa, um in Budapest den „Tag der Ehre“ zu
- 3 feiern.
- 4 Der „Tag der Ehre“ ist dabei eines der größten „get-together“ und
- 5 Vernetzungstreffen international organisierter Neonazi-Gruppierungen. An diesem
- 6 Tag „gedenken“ Rechtsextreme den letzten Tag des „Widerstandes“, den Wehrmachts-
- 7 , SS-Gruppen und ihre verbündeten ungarischen Kampfverbände gegen die Rote Armee
- 8 leisteten.
- 9 Nachdem russische Truppen Budapest bereits seit Wochen umkreist hatten, hatten
- 10 die verbleibenden Nazi-Verbände am 11.02.1945 einen letzten „Ausbruch“ gewagt,
- 11 der kläglich scheiterte. Auf beiden Seiten kam es zu tausenden Toten, nur wenige
- 12 Faschisten können sich nach wochenlangen Kämpfen nach Wien absetzen.
- 13
- 14 Statt den Opfern des Faschismus und deren Sinnlosigkeit zu gedenken, nutzen
- 15 Neonazis nun diesen Anlass, um seit 1997 die Ausbruchversuche deutscher und
- 16 ungarischer SS- und Militärverbände als einen Akt europäischen Heroismus zu
- 17 pervertieren.
- 18 Die Zahl der Teilnehmer*innen ist dabei vor allem in den letzten Jahren
- 19 gestiegen.
- 20 Organisiert wird das alljährliche „Gedenken“ durch den ungarischen Ableger von
- 21 blood and honour (légió Hungária) – einer paramilitärischen Nazigruppe, deren
- 22 deutscher Ableger unlängst verboten wurde.
- 23 Das Event rund um den „Tag der Ehre“ ist aber nicht zuletzt deswegen so
- 24 erfolgreich, weil außerparlamentarische Rechtsextreme gut vernetzt sind, sondern
- 25 weil der ungarische Staat den 12.02 seit einigen Jahren gezielt fördert. So
- 26 stellen beispielsweise staatliche Museen Devotionalien zur Verfügung, sodass
- 27 europäische Neonazis mit SS-Uniform durch Budapest laufen können. Und auch die
- 28 Polizei tut alles dafür, dass der Tag so gut wie möglich ablaufen kann.
- 29 Während Rechtsextreme ungestört in Uniform faschistischer Verbrecherstaaten
- 30 durch die Stadt laufen und ihrem Geschichtsrevisionismus ausleben, wird
- 31 jeglicher Gegenprotest mit vollem Polizeiaufgebot ferngehalten, mit einer
- 32 Drohkulisse aus Repression minimiert und durch Gewalt zurückgedrängt.
- 33 Da der ungarische Staat sich aktiv weigert, gegen Nazis vorzugehen, kommen trotz
- 34 dieses unverhältnismäßigen Polizeiaufgebotes, Antifaschist*innen aus ganz Europe
- 35 zusammen, um den Faschos nicht völlig ungestört ihren Raum zu überlassen. Denn
- 36 wo der Staat scheitert, setzen wir an.
- 37 So kam es auch im Rahmen des „Tags der Ehre“ 2023 dazu, dass eine Gruppe
- 38 europäischer Antifaschist*innen den Protest gegen den Naziaufmarsch
- 39 unterstützte.
- 40 Neben den Protesten soll die Gruppe mutmaßlich Neonazis abseits des Protests mit
- 41 Schlagstöcken angegriffen und zusammengeschlagen haben, so zumindest der

42 Vorwurf. Eine*r von ihnen der*die 23-jährige*r non-binäre Aktivist*in Maja.
43 Nachdem Maja Ende 2023 per Haftbefehl gesucht und verhaftet wurde, entschied das
44 Kammergericht im Juni 2024 über Majas Auslieferung nach Ungarn. Dort drohen Maja
45 ein entkernter Rechtsstaat, ein öffentlich-aufgebauschter Schauprozess und bis
46 zu 24 Jahre Haft.

47 Die Bedingungen, unter denen die*der non-binäre Aktivist*in bislang in
48 ungarischer Haft leben musste sind menschenunwürdig. Ungarn als Land, das aktiv
49 gegen die LGBTQ+-Community arbeitet und diese kriminalisiert, stellt dabei eine
50 besondere Gefahr dar. In einer kleinen Zelle wird Maja rund um die Uhr
51 videoüberwacht, Ungeziefer hat diese befallen und Mahlzeiten sind in aller Regel
52 verschimmelt.

53 Die Generalstaatsanwaltschaft (GenStA) und das Landeskriminalamt (LKA) Berlin
54 hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. In einem nächtlichen Sondereinsatz
55 machte man sich um halb 3 Uhr daran, Maja nach Ungarn auszuliefern. Eine
56 Auslieferung, die übrigens von dem postfaschistischen italienischen System
57 abgelehnt wird.

58 Kurz vor drei wurde Maja und ihren Bevollmächtigten mitgeteilt, eine eingelegte
59 Verfassungsbeschwerde habe keine rechtsaufschiebende Wirkung und eine sofortige
60 Auslieferung wäre somit möglich. Das ist falsch.

61 Auch hatte die GenStA das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erst um 11:47
62 darüber informiert, dass Majas Auslieferung erfolgt sei. Knapp eine Stunde
63 nachdem das BVerfG urteilte, eine solche Auslieferung auszusetzen, und etwa zwei
64 Stunden nachdem Maja tatsächlich den ungarischen Behörden überstellt wurde.
65 Die örtliche Konsularbehörde in Budapest wurde erst gar nicht über das
66 Kammergerichtsurteil informiert.

67
68 Das Vorgehen der GenStA Berlin, des LKA Berlin und der SoKo LinX lässt dabei
69 tief blicken. Grundlegende rechtsstaatliche Grundsätze wurden so mindestens grob
70 naiv übersehen und nicht angewendet. Es wurde leichtfertig mit dem Leben von
71 Maja umgegangen und ihre Grundrechte im groben Maße missachtet.
72 Unlängst wurde vom BVerfG entschieden (2 BvR 1103/24), dass die Auslieferung von
73 Maja gegen das Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe
74 oder Behandlung (Art. 4 GRCh) verstoße.

75 Richtig ist, dass es für strafrechtlich relevantes Verhalten Konsequenzen geben
76 muss. So auch für Fälle mutmaßlich gefährlicher Körperverletzung. Doch die Art,
77 mit der das Kammergericht, die GenStA und das LKA vorgegangen sind, entsprechen
78 nicht unserer Vorstellung eines Rechtsstaates. Vielmehr scheint es so, als habe
79 man so schnell wie möglich Maja als unliebsames Problem beseitigen und ihr
80 Schicksal den ungarischen Behörden überlassen wollen.

81 Momentan steht eine weitere Angeklagte, die 30-jährige Aktivistin Hannah vor
82 Gericht in Bayern. Sieben weitere gesuchte Antifaschist*innen haben sich vor
83 einigen Wochen der deutschen Strafjustiz gestellt. Klar ist: Die ungarische
84 Regierung muss ein rechtsstaatliches Verfahren und eine menschenrechtskonforme
85 Haft sicherstellen.

86 Wir fordern:

- 87 • Ein Stopp von Auslieferungen in Unrechtsstaaten als Repressionsmittel.
- 88 • Eine umfassende Aufarbeitung und Aufklärung des Vorgehens von LKA und
89 GenStA Berlin, die zu den Grundrechtsbrüchen Majas geführt haben.
- 90 • Eine Umsetzung der Anordnung des BVerfG, Maja umgehend nach Deutschland
91 zurückzuholen.
- 92 • Faire und rechtsstaatliche Verfahren in Deutschland für alle beteiligten
93 Antifaschist*innen unter Wahrung deren Rechte.
- 94 • Sanktionsmaßnahmen gegen Ungarn, solange sie weiterhin den „Tag der Ehre“
95 in der jetzigen Form abhalten.

96 Wir solidarisieren uns mit allen Antifaschist*innen, die unter Repressionen
97 leiden.
98 Alerta!